

Protokoll

über die 12. Sitzung des Rates der Stadt Springe am Donnerstag, 12. Oktober 2023 um 18:00 Uhr in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3, 31832 Springe und über Webex

Teilnehmende:

Ratsvorsitzender

Brezski, Eberhard

Bürgermeister

Springfeld, Christian

Ratsmitglieder

Baatzsch, Brian

ab 18:22 Uhr

Bani Ardalan, Christian

Becker, Tanja

Bennecke, Hendrik

ab 18:12 Uhr

Blome, Ann-Kristin

Brenneke-Schiller, Heike

Ellermann, Benjamin

Frädermann, Andreas

Freimann, Heinrich

Galas, Eckart

Gasch, Anton

Hackert, Thorsten

Henkels, Anette

Herrmann, Udo

Holzmann, Norman

Hüper-Maus, Thomas

Janz, Dirk

Kemper, Margarete

Kohlenberg, Jürgen

Mariß, Lisa Marie

ab 18:06 Uhr

Meier, Bernhard

Musahl, Katja

Nagel, Klaus

Niemetz, Jörg

ab 19:16 Uhr über Webex

Overesch, Bernd

Reinhardt, Bastian

Reinhardt, Udo

Retzlaff, Antje

über Webex

Riegelmann, Elke

Schmelzer, Tim

Witte, Björn

Wolff, Reinhard

Von der Verwaltung

Gebauer, Clemens

Klostermann, Jörg

Merbt, Brigitte

als Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Groseck, Oliver

Lampe, Uwe

Zimmermann, Brigitte

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Dr. Brezski begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und nach Benennung der fehlenden bzw. über Webex teilnehmenden Ratsmitglieder die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung beantragt Herr B. Reinhardt, als neuen TOP 3 die Verabschiedung von Frau Merbt einzufügen.

Herr Nagel beantragt wegen der Gräueltaten und Entführungen in Israel eine Gedenkminute einzulegen. Herr Dr. Brezski bedankt sich für den Antrag und erwidert, dass er dies ohnehin vorhatte und sich eine Abstimmung darüber wohl erübrigen würde.

Der Antrag von Herrn B. Reinhardt wird einstimmig angenommen.

Abschließend stellt Herr Dr. Brezski und die Tagesordnung mit der vorstehenden Änderung um den neuen TOP 3 fest. Die anderen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Nach Feststellung der Tagesordnung bittet Herr Dr. Brezski die Anwesenden, sich für die Gedenkminute für die ermordeten israelischen Zivilisten und die Entführten zu erheben.

2. Anfragen der Zuhörenden

2.1 Entwicklung der Finanzen der Stadt Springe

Ein Zuhörer fragt unter Hinweis auf die Aussage des Kämmerers in der letzten Sitzung des FinA, dass auch ohne zusätzliche Investitionen künftig eine große Lücke zwischen den Einnahmen und Ausgaben kommen wird, ob dies vom Bürgermeister auch so gesehen und in der Zukunft berücksichtigt wird.

Frau Mariß nimmt ab 18:06 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Springfeld erwidert, dass er das selbstverständlich auch so sehe und dies eines der Kernthemen der heutigen Sitzung sei. Er werde bei der Einbringung des Haushalts für 2024 ausführlich dazu Stellung nehmen.

2.2 Kostenentwicklung Feuerwehr Altenhagen I

Ein Zuhörer fragt vor dem Hintergrund der von 700.000 € auf 3,7 Mio. € gestiegenen Kosten für das Feuerwehrhaus Altenhagen I nach, was dort mittlerweile gebaut werden soll.

Herr Springfeld erwidert, dass das der „Fluch der frühen Zahl“ sei. D.h., wenn schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine Zahl genannt werde, bevor überhaupt bekannt sei, was genau gebaut wird. Bzgl. des Feuerwehrhauses seien alle Änderungen öffentlich diskutiert und einsehbar. Das Projekt ist nach der ersten Kostenschätzung u.a. wegen wachsender Anforderungen zum Brandschutz umfangreicher geworden. Die Planung sei bedarfsgerecht, es handele sich nicht um eine Luxusausstattung. Hinzu komme die Preisentwicklung.

Künftig werde es vermehrt Machbarkeitsstudien geben, die eine genauere Kostenschätzung möglich machen.

Anmerkung der Verwaltung:

Kostenplanung

Die Baukostenplanung ist ein wesentlicher Bestandteil des Planungsprozesses, der dazu dient, den finanziellen Rahmen für ein Bauprojekt zu definieren und zu kontrollieren. Sie umfasst die Schätzung, Planung und Überwachung der zu erwartenden Kosten des Bauvorhabens, von der Planung und Konzeption über die Ausführung bis hin zur Fertigstellung und Übergabe.

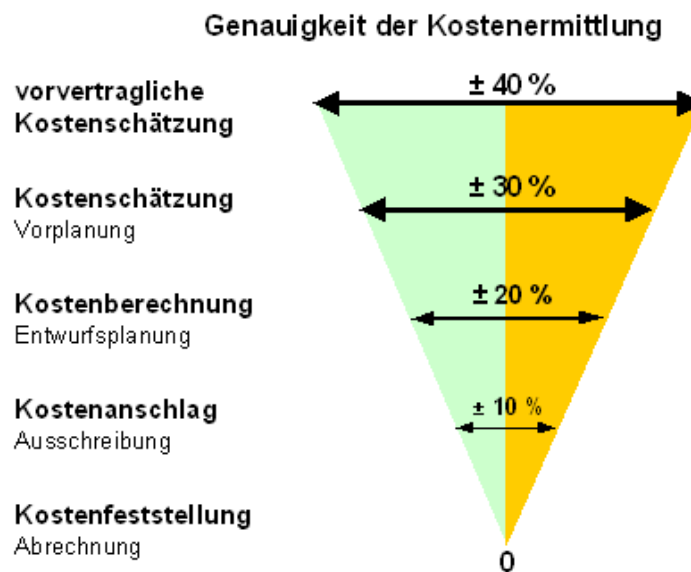
Für die Kostenplanung, d. h. die Ermittlung und Überprüfung der Baukosten, sind den Projektphasen (Leistungsphasen) **in der HOAI**, z. B. beim Leistungsbild Gebäude und Innenräume, die folgenden **Grundleistungen** zugeordnet:

- **Kostenrahmen** für die Grundlagenermittlung, Leistungsphase 1 (1. Ebene nach DIN 276)
- **Kostenschätzung** für die Vorplanung, Leistungsphase 2 (2. Ebene nach DIN 276) und Abgleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen
- **Kostenberechnung** für die Entwurfsplanung, Leistungsphase 3 (3. Ebene nach DIN 276) und Vergleich mit der Kostenschätzung
- **Kostenvoranschlag** für Ausführungsplanung bzw. Vorbereitung der Vergabe, Leistungsphasen 5 und 6 (3. Ebene nach DIN 276)
- **Kostenanschlag** für die Mitwirkung bei der Vergabe, Leistungsphase 7 (3. Ebene nach DIN 276)
- **Kostenfeststellung** in der Objektüberwachung, Leistungsphase 8 (3. Ebene nach DIN 276)

Die Projektphasen der HOAI bestimmen somit auch maßgeblich die Methoden der Baukostenermittlung. Die obenstehende Übersicht ordnet die Gliederungstiefe nach DIN 276 der Baukostenermittlung den LPH zu. In jeder LPH wird die Planung detaillierter und liefert dem Planer zusätzliche Informationen für die Grundlage der Baukostenermittlung. Je genauer und detaillierter die Informationen sind, umso genauer können die Baukosten bestimmt werden.

Anhand der Abbildung wird deutlich, dass die Genauigkeit der Kosten im Laufe des Prozesses immer genauer beziffert werden können. Was ein Bauprojekt gekostet hat, erfährt man erst nach Fertigstellung mit der Endabrechnung.

Quelle: <https://besser-ausschreiben.de/baukosten/kostenplanung/>



Quelle Abbildung: Wikipedia

2.3 Remise Burghof

Herr Bennecke nimmt ab 18:12 Uhr an der Sitzung teil.

Ein Zuhörer fragt zu der Kündigung der Nutzung der Remise durch den Museumsverein nach, ob bekannt sei, dass die zurzeit dort ausgestellten Exponate Leihgaben sind und ob sich darüber Gedanken gemacht werden, wo diese, wenn sie nicht zurückgegeben werden können, untergebracht werden sollen.

Herr Springfeld bestätigt, dass die Remise gekündigt sei und zurzeit noch Gespräche mit dem Museumsverein geführt werden, inwieweit von dort die Kündigung rechtlich akzeptiert wird.

Das Problem bzgl. der Leihgaben sei bekannt, aber noch nicht abschließend geklärt. Für die Waldausstellung habe beispielsweise die Nds. Landesforst Interesse bekundet, diese in ihre eigene Ausstellung zu integrieren. Für andere Objekte sei man in Gesprächen mit Freiluftmuseen, inwieweit dies Interesse haben. Die Stadt biete dem Museum hierbei größtmögliche Hilfe an.

Auf die weitere Nachfrage des Zuhörers, ob die Remise abgerissen werden soll erwidert Herr Springfeld, dass sie - im Gegenteil - kernsaniert werden soll.

2.4 Handlungsfähigkeit der Stadt wegen laufender Verfahren

Ein Zuhörer fragt vor dem Hintergrund von zwei anhängigen Verfahren nach, ob die Stadt dadurch überhaupt noch handlungsfähig sei.

Herr Springfeld erwidert, dass immer mal wieder Verfahren gegen die Stadt anhängig seien, der Zuhörer sich aber wohl auf die aktuellen Verfahren hinsichtlich des Bürgermeisters beziehe. Die Vorwürfe seien zurzeit pauschal und nicht greifbar, die Stadt sei trotzdem handlungsfähig.

2.5 OHG Neubau

Auf die Nachfrage eines Zuhörers, ob der Neubau des OHG in Teilabschnitten erfolgen kann, erwidert Herr Springfeld, dass grundsätzlich alles möglich sei, keine Variante sei ausgeschlossen.

2.6 Gerätehaus Feuerwehr Gestorf

Ein Zuhörer fragt zu TOP 8.2 (alt), ob die Planung für den Anbau der Treppe am Gerätehaus den Ratsmitgliedern vorgelegt wurde und ob die erheblichen Schwierigkeiten mit dem geschichtsträchtigen Baum bekannt seien.

Weiter weist er darauf hin, dass der Ortsrat Gestorf noch nicht damit befasst gewesen sei.

Herr Dr. Brezski erwidert, dass die Planung im BauA vorgestellt wurde und daher auch den Ratsmitgliedern bekannt sei.

Auf den Hinweis erwidert Dr. Brezski, dass das Bauvorhaben auch dem Ortsrat Gestorf bekannt sei.

Der Zuhörer fragt weiter nach, ob der Architekt die örtlichen Begebenheiten kannte. Die Stadt sollte darauf hinwirken, dass die Planung bzgl. des geschichtsträchtigen alten Baumes geändert wird.

Herr Freimann erläutert als Vorsitzender des BauA den Verlauf der Angelegenheit und weist darauf hin, dass bislang kein Architekt involviert sei. Es handele sich zunächst um eine Nachfrage aus dem Fachdienst Hochbau, ob mit der Planung weitergemacht werden könne. Herr Klostermann ergänzt, dass der Fachdienst Hochbau das Gebäude und das Gelände kennt.

2.7 Oberstufe IGS

Eine ZuhörerIn fragt zu TOP 9.1 (alt, jetzt 10.1) nach, ob es nicht dienlich sei, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass das Wort „grundsätzlich“ gestrichen wird.

Frau Riegelmann bedankt sich für die Nachfrage und wird den Vorschlag, den sie selber auch schon im SSKA gemacht hat, aufnehmen und dies bei der entsprechenden Beratung beantragen.

Herr Baatzsch nimmt ab 18:22 Uhr an der Sitzung teil.

3. Verabschiedung von Frau Merbt

Der Bürgermeister sowie die Ratsmitglieder bedanken sich mit wohlwollenden Worten und Blumen/Präsenten bei Frau Merbt für die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Gremienbetreuung und wünschen ihr alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.

Frau Merbt ihrerseits bedankt sich bei den Ratsmitgliedern ebenfalls für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihnen eine gute Hand bei ihren künftigen Entscheidungen für die Stadt Springe sowie einen respektvollen Umgang miteinander.

4. Genehmigung des Protokolls über die 11. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 31. August 2023 - öffentlicher Teil -

Folgender Beschluss wird mit **32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

Das Protokoll über die 11. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 31. August 2023 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

5. Mitteilungen der Verwaltung

5.1 Beantwortung der Anfragen der Sitzungen des Rates der Stadt Springe am 23.03.2023 und 31.08.2023 bezgl. des Klimaschutzes in Springe **555/2021-2026**

Herr Holzmann erklärt, dass er das Angebot von Herrn Klostermann zur detaillierten Aufarbeitung und Besprechung annimmt. Jedoch könne in seinen Augen, die Kosten in Höhe von jetzt 160.000 € gegenüber den damals genehmigten 50.000 € für das Klimakonzept nicht über diese Drucksache abgehandelt werden.

Die Beantwortung der Fragen bzgl. des Klimaschutzes in Springe wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Mitteilung aller bewilligten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen und Technischen Umbuchungen seit der letzten Finanzausschusssitzung, Stand 05.09.2023 **131/2021-2026 - 5**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Sachstandsmitteilung zu Beschlüssen, Aufträgen und Finanzen

Es liegen keine weiteren Sachstandsmitteilungen vor.

6. Einbringung des Haushaltsentwurfs 2024

Die von Herrn Springfeld zur Haushaltseinbringung 2024 gehaltene Rede sowie die Resolution der 22. Städteversammlung vom 26./27.09.2023 „Haushaltslage der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden am Kippunkt“ und das Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens „Kommunen fordern Politik des Machbaren statt ständig neue Versprechungen“ vom 05.10.2023 sind dem Protokoll als **Anlagen 1 - 3 zu TOP 6** beigelegt.

Frau Henkels fragt für die Zuhörenden nach, wie hoch die Pro-Kopf-Verschuldung aktuell sei.

Herr Wetzig, der sich unter den Zuhörenden befindet, erläutert, dass die pro-Kopf-Verschuldung im Jahr 2021 bei 1.550 € gelegen habe.

7. Bereich Feuerwehr

7.1 Ernennung des Ortsbrandmeisters für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Springe - Ortsfeuerwehr Bennigsen - 529/2021-2026

Herr Ellermann berichtet, dass der FSA einstimmig die Ernennung empfohlen habe.

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt, Herrn Patrick Rokahr, Am Gut 3, 31832 Springe-Bennigsen, erneut zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bennigsen zu ernennen und mit Wirkung zum 01.01.2024 für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen und mit den Dienstgeschäften des Ortsbrandmeisters zu beauftragen.

Im Anschluss an die Beschlussfassung überreicht Herr Springfeld Herrn Rokahr die Ernennungsurkunde und bedankt sich für die Bereitschaft, diese ehrenamtliche Tätigkeit auszuüben.

8. Bereich Jugend und Soziales

8.1 Weitere Übernahme der Kosten für ein Spielgruppenangebot der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Andreas für Kinder 346/2021-2026 - 1

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Dem Antrag der ev.-luth. Kirchengemeinde St. Andreas vom 04.09.2023 auf weitere Übernahme der nicht durch Dritte gedeckten Kosten in Höhe von bis zu 9.508,-- € für den Zeitraum vom 01.11.2023 bis zum 15.07.2024 wird unter der Voraussetzung entsprochen, dass am 01.11.2023 mindestens 5 Kinder verbindlich für die Teilnahme an dem Projekt angemeldet sind.

Sollten die für die Weiterführung des Betreuungsangebotes erforderlichen Anmeldungen am 01.11.2023 nicht vorliegen, erfolgt unter der Voraussetzung, dass am 15.01.2024 mindestens 5 Kinder verbindlich für eine Teilnahme an dem Projekt abgemeldet sind, eine anteilige Kostenübernahme der nicht durch Dritte gedeckten Kosten für den Zeitraum vom 15.01.2024 bis 15.07.2024 in Höhe von bis zu 6.800,-- €.

Zur Abrechnung der Kosten ist durch die Antragstellerin ein schriftlicher Verwendungsnachweis einzureichen, mit dem neben dem Projektzeitraum auch die tatsächlich entstandenen Personalkosten, die angefallenen Raumkostenpauschalen sowie die Einnahmen durch Dritte unter Beifügung entsprechender Belege nachgewiesen werden.

Für den Fall, dass die erforderliche Anzahl an verbindlichen Anmeldungen an keinem der beiden Stichtage erreicht ist, erfolgt keine Kostenübernahme durch die Stadt Springe.

8.2 Kosten für die Bereitstellung einer Jugendpflegeassistenz ab dem 01.01.2024 528/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Der Vertrag über die Jugendpflegeassistenz wird im Rahmen einer Änderungskündigung zu den genannten Bedingungen fortgeführt.

8.3 Antrag des Kinderschutzbundes Springe auf Förderung des Programmes „Familienorte“ für das Jahr 2024 530/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Der Kinderschutzbund Ortsverband Springe erhält für das Jahr 2024 für die Fortführung des Projektes „Familienorte“ ergänzend zu den in der Drucksache näher erläuterten Fördermitteln der Region Hannover und einem Eigenanteil in Höhe von 10.000,-- € einen Zuschuss der Stadt Springe in Höhe von bis zu 8.000,-- €.

Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage des auch bei der Region Hannover einzureichenden Verwendungsnachweises samt Sachbericht.

8.4 Antrag des Kinderschutzbundes Springe auf Grundförderung und Zusatzförderung für die Flüchtlingssozialarbeit für das Jahr 2024 531/2021-2026

Herr Schmelzer möchte an dieser Stelle einen Dank an den Kinderschutzbund bzw. Frau Prüssing und ihr Team für die „ganz, ganz tolle Arbeit“ aussprechen. Die Ratsmitglieder schließen sich dem an.

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Der Kinderschutzbund Ortsverband Springe erhält im Jahr 2024 für seine Arbeit eine Grundförderung in Höhe von 13.000,-- €.

Zusätzlich wird eine bedarfsabhängige aufstockende Förderung für die Flüchtlingssozialarbeit in Höhe von 6.000,-- € für das Jahr 2024 gewährt.

Sofern der Kinderschutzbund die Flüchtlingssozialarbeit unterjährig beendet, ist dies der Stadt Springe unverzüglich und unaufgefordert anzuzeigen. Bei einer unterjährigen Beendigung erfolgt jeweils nur eine anteilmäßige Förderung nach Monaten.

8.5 Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit / zusätzliche Mittelbereitstellung für das Haushaltsjahr 2023 und Mittelерhöhung ab dem Haushaltsjahr 2024 533/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Ab dem Haushaltsjahr 2024 werden zur Erfüllung dieser Aufgabe jährlich Mittel in Höhe von 2.000,00 € bereitgestellt.

9. Bereich Bauen und Stadtplanung

9.1 Baugenehmigungsplanung und Kostenerhöhung Neubau Feuerwehr Altenhagen I 495/2021-2026

Herr Dr. Brezski weist darauf hin, dass auf den Hinweis von Herrn Reinhardt nach der Abstimmung im letzten Verwaltungsausschuss seitens der Verwaltung überprüft wurde, ob Punkt 3 des Beschlussvorschlages zielführend sei bzw. entfallen könnte. Eine Klärung in der Verwaltung hat ergeben, dass eine solche Prüfung wie unter Punkt 3 genannt bei dem Baufortschritt nicht sinnvoll wäre.

Da aus Sicht der Verwaltung Punkt 3 des Beschlussvorschlages entfallen kann, lässt Herr Dr. Brezski den Rat nur noch über die Punkte 1 und 2 abstimmen.

Folgender Beschluss wird mit **32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat der Stadt Springe beschließt auf der Grundlage der vorgelegten Genehmigungsplanung, die Planungen und den Bau des Feuerwehrhauses in Altenhagen I bis zur Leistungsphase 9 fortzuführen, und den Gesamtmitelbedarf der Maßnahme um 1.496.958,00 € auf insgesamt 3.748.958,00 € zu erhöhen.
2. Gleichzeitig sichert der Rat der Stadt Springe damit zu, die daraus folgenden erforderlichen Haushaltsmittel in den Haushaltsplänen 2024 (Verpflichtungsermächtigung in 2024 für 2025 in Höhe von 1.497.000 €) und 2025 (Auszahlungsansatz 2025 in Höhe von 1.497.000 €) entsprechend zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

9.2 Feuerwehr Gestorf, Errichtung 2. Fluchtweg, Anbau einer Garage und Bau einer PV-Anlage 538/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, sobald die personellen Kapazitäten zur Bearbeitung über die Prioritäten- und Kapazitätenliste zur Verfügung stehen, den dargestellten Nutzerbedarf bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen, eine PV-Anlage auf dem Bestandsdach der Feuerwehr in den weiteren Planungen zu berücksichtigen, eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für den Anbau durchzuführen, eine Haushaltsunterlage Bau zu erstellen und eine Folgedrucksache mit Beschlussvorschlag zu erstellen.

10. Bereich Schulen und Sport

10.1 Oberstufe IGS Springe - Grundsatzbeschluss und Lösungsvorschlag Raumsituation 513/2021-2026 - 1 - Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke vom 15.06.2023 - nach Rat 29.06.2023

Herr B. Reinhardt erläutert zunächst kurz den ursprünglichen Antrag und weist darauf hin, dass dieser zweigliedrig sei und in den Ausschüssen auch getrennt abgestimmt wurde.

Auf die Anregung der Zuhörerin erklärt er, dass unter Teil 1. des Beschlussvorschlages (BV) das Wort „grundsätzlich“ gestrichen werden könne. An dieser Stelle sei nur der Start des Verfahrens gemeint.

Teil 2 des BV beinhaltet den Vorschlag, die Umsetzung zu prüfen. Hierbei gehe es um die Ermittlung von Zahlen, Daten, Fakten zum Baurecht, zur Bauweise usw.

Frau Henkels merkt an, dass Herr Niemetz nicht über Webex in die Sitzung kommt, aber gerne mit abstimmen würde. Herr Gebauer prüft dies (Ergebnis siehe weiter unten).

Frau Riegelmann stellt den Antrag, Teil 1 des BV wie folgt zu formulieren:

„Der Rat der Stadt Springe beauftragt die Verwaltung, notwendige Befragungen und Beratungen, die Voraussetzung zur Beantragung der Einrichtung einer Oberstufe an der IGS Springe sind, durchzuführen. Damit soll eine fundierte Grundlage zur Abwägung und Entscheidungsfindung bereitgestellt werden.“

Herr Kohlenberg erklärt, dass er dem Antrag von Frau Riegelmann zustimmen würde.

Auf Nachfrage von Herrn Herrmann erklärt Herr Springfeld, dass ein endgültiger Beschluss für oder gegen eine Oberstufe erst gefällt werden kann, wenn alle Grundlagen vorliegen.

Frau Henkels weist darauf hin, dass es keine einheitliche Gruppenmeinung gibt. Ihrer Ansicht nach sei es nicht gut, den Eltern und Schülern den Weg vorzugeben. Diese wüssten schon, was sie wollten und was gut für sie ist.

Herr B. Reinhardt schlägt vor, über Teil 1 und 2 getrennt abzustimmen und hierbei zuerst über die Formulierung aus dem Ursprungs-Antrag (ohne das Wort „grundsätzlich“) und, wenn dies keine Mehrheit bekommt, über den Änderungsvorschlag von Frau Riegelmann abzustimmen.

Herr Niemetz nimmt ab 19:16 Uhr über Webex an der Sitzung teil.

Nach weiterer Diskussion über die Wortwahl, noch nicht vorliegende Zahlen und Folgen eines heute gefassten Beschlusses, an der sich die Herren Nagel, Baatzsch, Galas, Wolff, Frädermann, B. Reinhardt und Hüper-Maus sowie Frau Riegelmann beteiligen, lässt Herr Dr. Brezski über beide Teile des ursprünglichen BV ohne das Wort „grundsätzlich“ getrennt abstimmen

Folgender Beschluss wird mit **18 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat der Stadt Springe befürwortet die Einrichtung einer Oberstufe an der IGS Springe und beauftragt die Verwaltung, mit der IGS in das eigentliche Verfahren zur Beantragung einzusteigen.

*Weiter wird folgender Beschluss mit **30 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **4 Enthaltungen** gefasst:*

2. Die Verwaltung prüft Umsetzungsvarianten für den Raumbedarf auf Wirtschaftlichkeit und Umsetzbarkeit.

Mit dem vorstehenden Abstimmungsergebnis muss über den Änderungsantrag von Frau Riegelmann nicht mehr abgestimmt zu werden.

11. Bereich Finanzen

11.1 Beitritt zum Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V. (VKIG) 526/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

- Die Stadt Springe tritt dem „Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V.“ (VKIG) bei;
- Der Bürgermeister wird ermächtigt, eine entsprechende Beitrittserklärung abzugeben.

11.2 Finanzielle Kompensation in Folge der Abschaffung jeglicher Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2022 308/2021-2026 - 1

Herr Dr. Brezski weist darauf hin, dass die Höhe des Kompensationsbedarfs im Beschlussvorschlag der Drucksache fehlerhaft ist. Dies wurde bereits in den Sitzungen des FinA und des Verwaltungsausschusses festgestellt und berichtigt. Die richtige Höhe des Kompensationsbedarfs lautet 1.186.215,14 EUR. Über diese Summe sei zu beschließen.

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

Der durch den Verzicht auf die Erhebung sämtlicher Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2022 ausgelöste Kompensationsbedarf wird in Höhe von 1.186.215,14 EUR festgestellt. Dieser Betrag kann nach aktuellem Stand durch eine 25-jährige Grundsteuererhöhung um 4 Hebesatzpunkte (47.448,61 EUR p.a.) kompensiert werden. Über eine Hebesatzanpassung entscheidet der Rat im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung künftiger Haushaltssatzungen.

12. Bewilligung von über- / außerplanmäßigen Mitteln gem. § 117 NKomVG - vorsorglich -

12.1 Überplanmäßige Mittelbereitstellung Baumaßnahme Gesamtschule IGS 544/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat stimmt für die planmäßige Fortführung der Baumaßnahme „Erweiterung und Umbau der IGS Springe“ der Erweiterung des Gesamtkostenrahmens um insgesamt 1.200.000,00 €, von 15.065.960,76 € auf 16.216.960,76 € zu.
2. Der Rat der Stadt Springe stimmt der dafür erforderlichen überplanmäßigen Mittelbereitstellung für die Erweiterung und Umbau der IGS Springe (Produktkonto 21801.78710022) in 2023 in Höhe von 500.000 € zu.

Die Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt in gleicher Höhe bei der Maßnahme „Waldbad Altenhagen I“ (Produktkonto 42403-78710068).

3. Gleichzeitig sichert der Rat der Stadt Springe damit zu, die daraus folgenden erforderlichen Haushaltsmittel in dem Haushaltsplan 2024 (+ 700.000 € als Ansatz 2024) zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

12.2 Überplanmäßige Mittelbereitstellung Gastschulbeiträge 559/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe stimmt einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung für die erhöhten Gastschulbeiträge (21801.44520001) in Höhe von 36.846 € zu.

Die Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt in gleicher Höhe durch das Produktkonto 36501.43180061 (Waldkindergarten PLSW).

13. Regelungen zur Stellvertretung des Bürgermeisters in der Funktion des Hauptverwaltungsbeamten 545/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

- Die bisherige allgemeine Stellvertretung des Hauptverwaltungsbeamten durch den Fachbereichsleiter I, Herrn Clemens Gebauer, wird mit dem Dienstantritt des Herrn Maik Götze beendet.
- Der Rat der Stadt Springe nimmt zur Kenntnis, dass die städtischen Bediensteten Clemens Gebauer, Hanna Sander und Jörg Klostermann als Abwesenheitsvertreterin/-vertreter für den Hauptverwaltungsbeamten und seinen allgemeinen Stellvertreter bestellt werden.

**14. Annahme von Spenden
- vorsorglich -**

Es liegen keine Spendeneingänge vor, die der Annahme durch den Rat bedürfen.

15. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

15.1 Frage zum Beschluss unter TOP 8.2 "Jugendpflegeassistenz"

Ein Zuhörer merkt an, dass einiges beschlossen wurde und fragt nach, ob der Rat davon ausgeht, dass die Zuhörenden das alles verstehen würden.

Er fragt nach: wie hoch sind die Kosten und was ist eine Jugendpflegeassistenz.

Herr Gebauer weist darauf hin, dass die zuständige Fachbereichsleitung, die dazu erläutern könnte, heute nicht anwesend sei und verweist hierzu auf die Vorlage und auf die Beratung des Fachausschusses, in der eine solche Frage besser aufgehoben war.

15.2 Frage zum Beschluss unter TOP 11.1 "Beitritt zum VKIG"

Der Zuhörer fragt weiter nach den Vorteilen und Kosten zum Beitritt zum Verband kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen.

Herr Gebauer erwidert, dass auch dies alles in der öffentlichen Vorlage dezidiert ausgeführt sei. Es handelt sich um einen Verband, der für relativ günstige Beiträge der Stadt Springe Mitgliedsrechte und Interessenvertretung verschafft.

15.3 Frage zum Beschluss unter TOP 11.2 "Finanzielle Kompensation..."

Der Zuhörer fragt weiter nach, wie die Kompensation der abgeschafften Straßenausbaubeiträge erfolgen soll.

Herr Gebauer erklärt, dass dies in der Sitzung des Finanzausschusses ausführlich erklärt wurde, bedauerlicherweise wären dort überhaupt keine Zuhörenden anwesend gewesen. Insofern könne auch das Protokoll der Sitzung des FinA zu Rate gezogen werden.

15.4 Frage zum Beschluss unter TOP 12.2 "Gastschulbeiträge"

Der Zuhörer fragt nach, warum für die Gastschulbeiträge noch mehr Mittel bereitgestellt werden müssen.

Herr Gebauer weist den Zuhörenden darauf hin, dass seine Fragen und Zweifel besser in den Fachausschusssitzungen angebracht wären und dort hätten behoben werden können.

Am Ende einer Debatte in dezidierte Fragen von Zuhörenden einzugehen hält er für schwierig, da dann noch einmal alles von vorne erklärt werden müsse.

Auch das Thema der Gastschulbeiträge sei an verschiedenen Stellen bereits erläutert worden. In vorliegendem Fall sei es so, dass die Stadt mehr Gastschulbeiträge bezahlen muss als Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Und nur über die Mittelbereitstellung dafür sei heute entschieden worden.

15.5 Frage zum Beschluss unter TOP 10.1 "Oberstufe IGS"

Ein Zuhörer fragt im Hinblick auf den Beschluss, in das Verfahren zur Oberstufe IGS einzusteigen nach, inwieweit dies die weiteren Verfahrensschritte beim OHG beeinträchtigt.

Herr Springfeld erwidert, dass hier keine Beeinträchtigung vorliege, weil es da keine Schnittmengen gibt. Das Verfahren wird jetzt im Fachbereich Schulen bzw. im Fachbereich II laufen. Beim OHG ist man über die Bedarfsfeststellung schon lange hinaus. Der nächste Schritt sei hier, das Verfahren zur Umsetzung zu finden. Hier sind also ganz andere Bereiche betroffen.

Eine Zuhörerin weist darauf hin, dass das Personal im Fachdienst Schule doch bereits am Limit sei und durch das neue Verfahren doch beeinflusst werde.

Herr Springfeld erwidert, er das nicht so einschätzt, dass für das neue Verfahren alles stehen und liegen gelassen werden muss, sondern dass es wie bei anderen Verfahren parallel bearbeitet werden kann.

15.6 Frage zum Beschluss unter TOP 9.2 "Feuerwehr Gestorf"

Ein Zuhörer fragt zu dem Beschluss zur Feuerwehr Gestorf nach, ob er es richtig verstanden habe, dass das Ganze jetzt noch überplant wird. Ihm gehe es darum, dass der alte Baum nicht beeinträchtigt werde. Ein Baum von dieser Stärke und Vergangenheit dürfe nicht einfach weg.

Herr Klostermann erwidert, das gerade in die Planung eingestiegen wurde. Die Planung wird weiterverfolgt, sobald Kapazitäten hierfür bestehen. Dann werde auch der Bedarf mit der Feuerwehr abgestimmt.

Herr Springfeld ergänzt, dass er die Bedeutung des Baumes wohl verstanden habe und versucht werden soll, den Baum möglichst zu erhalten.

Herr Dr. Brezski ergänzt, dass die Angelegenheit auch noch in den Ortsrat Gestorf geht.

16. Anfragen der Ratsmitglieder

16.1 Wasserversorgung

Herr Kohlenberg weist darauf hin, dass der Wasserfachbeirat Avacon bisher noch keine Sitzung durchgeführt hat, obwohl dies an der Zeit sei. Als zuständige Trinkwasserversorgungsanstalt sollte sie etwas zur Trinkwasserversorgung in Zeiten des Klimawandels sagen. Er bittet die Stadt darauf hinzuwirken, dass demnächst zu einer Sitzung geladen werde.

Herr Springfeld sagt zu, dies an die Avacon Wasser GmbH weiterzugeben. Er weist darauf hin, dass sich dort ein Personalwechsel anbahne und es daher noch etwas dauern könnte mit einer Sitzung.

16.2 Vorstellung ZOB Springe im BauA

Herr Baatzsch fragt nach, ob die in der Sitzung des BauA geübte Kritik anlässlich der Vorstellung des ZOB der Region Hannover mitgeteilt wurde.

Herr Klostermann erwidert, dass Vertreter der Region Hannover an der Sitzung des BauA teilgenommen und die Kritik mitbekommen haben.

Herr Freimann weist später noch darauf hin, dass die Änderungswünsche von der Region aufgenommen wurden. Weitere Informationen hierzu gibt es in der Sitzung des nächsten BauA.

16.3 Sachstand staatsanwaltschaftliches Verfahren

Herr Wolff fragt nach dem Sachstand zum staatsanwaltschaftlichen Verfahren und bittet den Bürgermeister um Antwort.

Weiter fragt er zu den Sachverhalten zum Rathaus und den Feuerwehrhäusern Eldagsen und Altenhagen I. Wie verhalte sich hier die Verwaltung, werden diese Projekte jetzt ruhend gestellt.

Er bittet den Bürgermeister, die Fraktionen im kleinen Kreis fortlaufend zu informieren.

Herr Springfeld sagt zu, dies im Rahmen der Vertraulichkeit zu tun. Allerdings ermittle die Staatsanwaltschaft noch, es gebe aber noch keinen konkreten Vorwurf, nichts Greifbares. Das belaste ihn auch, da auch er wissen will, was genau Gegenstand des Verfahrens wird. Im laufenden Verfahren halte er sich aus allem raus, das laufe komplett über Herrn Gebauer.

Das Verfahren habe keinen Einfluss auf die Bauprojekte. Selbst wenn Fehler gemacht wurden und evtl. strafrechtlich irgendetwas relevant wäre, ändere das nichts an der Erforderlichkeit der Bauprojekte.

16.4 Klimaneutrale Verwaltung

Herr Nagel weist darauf hin, dass einstimmig beschlossen wurde, dass die Verwaltung klimaneutral werden solle. Da mache es doch Sinn, dem Rat mitzuteilen, an welchen Daten und Fakten die Klimaneutralität gemessen wird. Er bittet darum, den Rat viermal im Jahr über den aktuellen Stand zur Klimaneutralität in Springe zu informieren.

Herr Klostermann stellt fest, dass die Frage „Wie misst man Klimaneutralität“ einerseits ganz einfach, andererseits ganz kompliziert sei. Was ständig erfasst wird, sind die Daten über die Energieverbräuche. Da sei die Stadt sehr klimafreundlich aufgestellt, weil seit einigen Jahren für die Straßenbeleuchtung und die Elektrizität für die Gebäude Ökostrom einkaufen. Bei allen Gebäuden, die im Bereich des Fernwärmenetzes liegen, erfolgt die Versorgung, wenn die Gebäude denn angeschlossen sind, über das Fernwärmenetz. Das ist auch weitestgehend klimaneutral. Für die anderen Gebäude gibt es auch entsprechende Verbrauchswerte.

Weiter verbraucht die Stadt an Energie Treibstoff für die Feuerwehren und den Bauhof. Die Car-Sharing-Fahrzeuge sind von der Region Hannover vertraglich gesichert. Den Anteil könnte man runterbrechen, das wäre aber nur ein geringer Anteil.

Diese Werte liegen alle vor, die kann mal relativ schnell was das Klimagas angeht, darstellen.

Danach wird es kompliziert, weil die Stadt nicht nur Strom und Wärme, sondern auch jede Menge Material wie Papier, Computer und Schreibtische usw. verbraucht.

Ganz kompliziert wird es bei den Gebäuden. Die Bauwirtschaft ist für 50 Prozent der CO²-Immissionen verantwortlich. Gerade beim Bau aber auch Betrieb der Gebäude. Das kann auch über die Verbrauchswerte nachgewiesen werden. Die Stadt baut auch sehr energiesparsam. Allerdings ist der Rohstoffeinsatz entscheidend. Aktuell wurde das bei der Beratung zur Feuerwehr Altenhagen I gesehen. Da wurde auf die Fördermittel verzichtet, weil die Werte nicht erreicht werden können und sich auch die Förderbedingungen geändert haben. Es geht auch um den CO²-Einsatz, der beim Bau der Gebäude entsteht und Stahlbeton ist nicht wirklich klimaneutral. Da muss sich die Stadt zukünftig bei neuen Gebäuden anders aufstellen.

Bei neuen Vorhaben wird zusätzlich zur Wirtschaftlichkeitsbetrachtung auch eine Betrachtung zur Klimaneutralität erforderlich. Also z.B.: ob ein Holzeinsatz soll erfolgen. Das kann wieder Einfluss auf die Statik und den Brandschutz haben. Das könnte wieder teurer werden.

Nur mit Niedrigenergiehausstandard gibt es nicht mehr so viel Förderung. Der Einsatz beim Bau, bei der Herstellung der Gebäude wird entscheidend sein.

Herr Nagel erwidert, dass ihm diese Antwort nicht ausreicht. Er habe als Ratsmitglied nicht die Zeit, sich durch solche Daten zu arbeiten. Er möchte daher weiterhin viermal im Jahr eine Information darüber, wie hoch der CO²-Verbrauch ist und wieviel CO² eingespart wurde.

Herr Klostermann stimmt ihm zu und sagt zu, dass dies geliefert werde. Er ergänzt, dass die Stadt auch verpflichtet sei, einen Energiebericht zu erstellen. Da sind die Daten dann ablesbar. Allerdings wird es nicht ganz so einfach, dass man zwei Zahlen hat, die man vergleicht. Da muss man doch tiefer einsteigen.

Der Beschluss zur klimaneutralen Stadtverwaltung bedeutet ja, erst einmal zu prüfen, wo man steht und Zielerreichungsgrade zu formulieren.

Herr Klostermann weist weiter darauf hin, dass die größten Stellschrauben die Gebäude sind, weil viele davon noch nicht energetisch saniert sind.

Herr Holzmann weist darauf hin, dass es bereits seit 2010 den Klimaschutzaktionsplan sowie Zwischenbericht gebe. Zu dieser Zeit hätte man bereits nach den Zielen fragen müssen.

16.5 Fördermittelakquise

Herr Holzmann fragt nach der Ausschreibung der Stelle zur Fördermittelakquise.

Herr Gebauer erwidert, dass die Stelle in Abstimmung mit dem neuen Fachbereichsleiter IV ausgeschrieben werden soll.

16.6 Klimaziele

Herr Reinhardt fragt nach, wonach sich die Klimaziele richten und wünscht sich, dass entsprechende Verfahren nebeneinandergelegt und verglichen werden. Weiter weist darauf hin, dass die Klima-AG eingerichtet wurde, um u.a. die Auswirkungen zu klären.

Herr Klostermann stimmt dem zu, ergänzt jedoch, dass so etwas projektbezogen erfolgen muss, d.h., es ist zu vergleichen welche Variante wie klimaneutral ist. Daher gebe es auch eine Variantenplanung.

16.7 Auflistung Liegenschaften

Auf die Nachfrage von Herrn Bennecke zu einer Auflistung der Liegenschaften der Stadt Springe, erwidert Herr Klostermann, dass diese Frage bereits in der Sitzung des PUKA gestellt wurde. Es wird sich darauf verständigt, dass die Liste alle unbebauten Flächen sowie alle Flächen, die in Erbpacht sind enthalten und möglichst schon zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werden soll.

Ende des öffentlichen Teils: 20:04 Uhr